

ZEHN JAHRE DIE LINKE

BEILAGE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ZUM GRÜNDUNGSJUBILÄUM DER PARTEI



MARIO CANDEIAS
KLASSE LINKE

DIETER KLEIN
PARTEI DES RADIKALEN REALISMUS

INTERVIEW MIT BODO RAMELOW
«AUS DEM POLITISCHEN ALLTAG
NICHT WEGZUDENKEN»

RAINER RILLING
REDEN ÜBER REICHTUM

HORST KAHRS
VOM FLIRT ZUR FESTEN BEZIEHUNG

CORNELIA HILDEBRANDT
DIE BRÜCKENPARTEI



Florian Weis

Dagmar Enkelmann

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

gewöhnlich folgt die politische Stiftung der ihr nahestehenden Partei und nicht die Partei der Stiftung. Nicht so bei den Linken, zumindest wenn es um die Gründungsdaten geht. Im Juni 2007, als die neue Partei DIE LINKE aus den zentralen Akteurinnen PDS und Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) hervorging, war die Rosa-Luxemburg-Stiftung bereits mehr als 16 Jahre alt und eine bundesweite Bildungsorganisation mit einer gut entwickelten Arbeit auch in den alten Bundesländern und einer Vielzahl von Auslandsbüros.

Die Stiftung konnte daher den Gründungsprozess der Linkspartei seit dem Jahr 2004 intensiv begleiten. Sie war dicht dabei, ohne jedoch eine «Architektin» oder «Schaltstelle» der zueinander findenden Akteurinnen zu sein, wie einige JournalistInnen von *Spiegel*, *Welt* und anderen Medien seinerzeit schrieben. Vielmehr war sie mit den Mitteln der Analyse und politischen Bildung eine Wegbegleiterin. Darauf sind wir stolz, ohne unsere Rolle zu überschätzen. Die PDS hatte spezifische Stärken, ohne die es die Partei DIE LINKE heute nicht gäbe. Dies zeigen auch viele Analysen und Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Nicht zuletzt trug sie den Anspruch auf eine andere Gesellschaft im Namen: Partei des Demokratischen Sozialismus. Alleine das war nach 1990 ebenso schwierig wie mutig und langfristig wichtig, wie sich heute zeigt, wo viele der Hoffnungen in einen globalisierten liberalen Kapitalismus an ein schlechtes Ende zu kommen scheinen.

Es gelang der PDS aber trotz engagierter Mitglieder nicht, in den westdeutschen Bundesländern gänzlich Fuß zu fassen. Zwar gab es, wie eine Studie von Meinhard Meuche-Mäker im Jahr 2005 zeigte, eine nennenswerte «West»-PDS, doch verhinderten externe wie interne Faktoren eine tiefere Verankerung in der westdeutschen Gesellschaft. Dies gelang erst, als auf dem Höhepunkt neoliberaler Politik unter Rot-Grün mit der «Agenda 2010» ab den Jahren 2002 und 2003 eine Vertretungslücke für klassische Sozialstaats- und Arbeitnehmerinteressen

entstand. Publikationen von Michael Brie und Dieter Klein («PDS plus»), Rainer Rilling, Christoph Spehr und anderen widmeten sich möglichen Gegenstrategien. «Hartz IV» und andere Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung haben tiefe negative Spuren im Gesellschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland hinterlassen.

Der entscheidende Anstoß kam mit der Bildung der WASG im Jahr 2004, die über einen beträchtlichen Rückhalt in Teilen des klassischen sozialdemokratischen Milieus und den Gewerkschaften verfügte. Das gemeinsame Antreten als Linkspartei.PDS führte im darauffolgenden Jahr zu einem starken Ergebnis bei den Bundestagswahlen, dem am 16. Juni 2007 die Gründung der Partei DIE LINKE folgte.

Längst sind Fragen der Herkunft aus PDS oder WASG nicht mehr die zentralen Bezugspunkte in der LINKEN, die sich im Parteiensystem etabliert hat. Diese Etablierung ist erst einmal positiv, weil auch die jüngere Vergangenheit europäischer Linksparteien voll von Niedergängen und Zerfallsprozessen ist. In diesem Sinne sind zehn Jahre DIE LINKE eine Erfolgsgeschichte, zu der die Rosa-Luxemburg-Stiftung der ihr nahestehenden Partei herzlich gratuliert! Sich etabliert zu haben, hat aber auch einen zweiten, negativeren Klang in einer Phase großer Umbrüche in Europa, den USA und anderen Regionen. Der Weg für DIE LINKE, den alten wie neuen Herausforderungen als demokratische und sozialistische Kraft gerecht zu werden, ist lang und beschwerlich. Dazu werden wir unseren Beitrag leisten. Solidarisch-kritisch schauen wir daher in dieser Beilage auf zehn Jahre DIE LINKE zurück und werfen einen Blick auf die vor ihr liegenden Aufgaben als gestaltende gesellschaftliche Kraft. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir eine spannende und aufschlussreiche Lektüre.

DAGMAR ENKELMANN IST VORSITZENDE DES VORSTANDS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.



“ *Es ist nicht übertrieben: Mit der Gründung der Linkspartei vor nunmehr zehn Jahren wurde Geschichte gemacht – und zwar gute Geschichte. In einer Zeit, in der diese Gesellschaft immer stärker von neoliberalem Gedankengut getrieben wird, braucht es Kräfte, die blindem Ökonomismus und Eigennutz ohne «Wenn und Aber» Solidarität und Miteinander als richtungsweisende Alternative entgegenhalten. Es ist der Kern dessen, was links meint und weshalb eine konsequente Linke in jeder Gesellschaft gebraucht und immer ihren Platz in unserer Demokratie haben wird.* ”

ULRICH SCHNEIDER Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband



Beim Gründungsparteitag der LINKEN am 16. Juni 2007 in Berlin: Pantomimen formen die Wortmarke der neuen Partei. Foto: © Aris Fotografie

MARIO CANDEIAS

KLASSE LINKE

VOM DRITTEN POL ZUR NEUEN KLASSEN POLITIK UND ZUM SOZIALISMUS

Am Anfang stand die «Agenda 2010» der Schröder-Regierung. Die Abkehr von einer lebensstandardsichernden Rente und die Zerstörung jenes Wehrs, das die Lohnarbeitenden vor ständiger Unsicherheit und Armut schützen sollte, waren Klassenpolitik von oben.

Die Anti-Hartz-IV-Proteste signalisierten eine Repräsentationslücke im politischen System der Bundesrepublik. In dieser Situation bildete sich die LINKE und gab der Empörung und Auflehnung gegen diesen Absturz ins Prekariat einen parteipolitischen Ausdruck. Heute wird die Klassenfrage nicht mehr mit linkem, sondern mit rechtem Protest assoziiert. Obwohl Parteien wie die AfD oder der Front National und Bewegungen wie Pegida oder «Manif pour tous» mehrheitlich von Männern aus der etablierten Mitte oder dem Kleinbürgertum getragen werden, sprechen sie auch ArbeiterInnen und Erwerbslose an. Damit artikuliert die radikale Rechte den Gegenpol zum autoritär regierenden Neoliberalismus von Merkel & Schäuble bis Macron. Kurzzeitig konnte die SPD mit Martin Schulz diese Polarisierung zwischen einem neoliberalen Weiter-so und dem rechtsautoritären Versprechen durchbrechen, allen «Deutschen» Schutz in der nationalen Wettbewerbsgemeinschaft zu gewähren. Die Hoffnung vieler war groß, die SPD würde nun endlich von links um Mehrheiten kämpfen. Dazu ist sie aber offensichtlich nicht bereit. Der kurze Moment von Auf-

bruchstimmung ist vorbei, die Blase geplatzt. Die Sozialdemokratie bleibt in einer Existenzkrise. Sie will sich nicht daran beteiligen, dem großen «Lager der Solidarität» (Kipping/Riexinger) – also allen, die eine demokratische, soziale und ökologische Lebensweise anstreben –, eine Stimme zu geben. Aber ohne eine echte Linkswende kann die neue Rechte nicht wirksam bekämpft werden. Die LINKE muss sich dieser Aufgabe nun vorläufig ohne die Unterstützung von anderen Parteien stellen. Ein Bündnis gegen den Autoritarismus von oben und rechts kann und muss aber weit über das linke Mosaik hinausgehen. Ein solcher «Dritter Pol» existiert schon

«an sich», am sichtbarsten ist er sicherlich in den unzähligen Willkommens- und Bürgerinitiativen und in den sozialen Bewegungen. Er hat aber noch keinen politischen Ausdruck. Daran gilt es zu arbeiten, um die Voraussetzungen für einen Richtungswechsel in der Gesellschaft – und an der Regierung – zu schaffen. Die LINKE ist unverzichtbarer Teil und Motor eines solchen Vorhabens. Wie die Wahlen in anderen Ländern zeigen, sind die Chancen gestiegen, auch wahlarithmetisch über die «Zehn-Prozent-Nische» hinauszukommen. Die LINKE ist in der Pflicht, den parteipolitischen Raum, den SPD und Grüne offenlassen, offensiv zu besetzen. Der «Dritte



Fotografie/Karin Desmarowitz

“ Alle sozialdemokratischen Parteien in Europa stecken in einer tiefen Krise. Auch der vermeintlich epochale Triumph des Neoliberalismus ist in Destruktion umgeschlagen. Die LINKE macht eine gesellschaftliche Alternative stark, sehend, dass der Kapitalismus sich in vielen Bereichen grundlegend verändert hat. Deshalb geht es in der Zukunft darum, intellektuelle und politisch-organisatorische Antworten auf diese Änderungen zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen. ”

JOACHIM BISCHOFF Redakteur der Zeitschrift «Sozialismus» und Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Pol» manifestiert sich bisher jedoch vor allem in der «solidarischen Mitte», bei den formal höher Qualifizierten, in den städtischen Milieus und Klassenfraktionen – kaum verankert ist er dagegen den «popularen Klassen», in der «bedrohten Mitte» und unter den Prekarisierten. Das gilt auch für die Partei DIE LINKE, die mittlerweile stark akademisch geprägt ist. Für ein unverzichtbares Mitte-unten-Bündnis (Michael Brie) fehlt weitgehend das «Unten». DIE LINKE erreicht große Teile der popularen Klassen nicht mehr, verliert sie an die Rechten. Noch häufiger ziehen sich diese zurück. Diese klassenspezifische Entmutigung ist ein existenzielles Problem für die Linke. Ändert sich nichts an dieser Situation, bleibt ihr im besten Fall nur eine imaginierte Stellvertreterpolitik.

Daher ist ein Perspektivenwechsel erforderlich: Benötigt wird *eine neue Klassenpolitik*, die die Vielfältigkeit von Interessen des linken Mosaiks nicht negiert und zugleich die alte Frage «Was tun?» neu stellt. Ein bloßes Zurück zum alten Klassenkampf kann es nicht sein. Rassismus, Geschlechterverhältnisse und soziale Fragen sind untrennbar miteinander verwoben. Differenzen können nicht als Nebenwidersprüche behandelt, sondern die verschiedenen Interessen und Bewegungen müssen aktiv zusammengedacht und zusammengeführt werden. Das geht aber nur, wenn man das mit den Leuten selbst macht, in ihrem Lebensalltag präsent

ist, sich gemeinsam mit ihnen organisiert, die Menschen in den Vierteln und in den Betrieben dabei unterstützt, sich selbst zu ermächtigen. So könnte auch die Glaubwürdigkeit von Parteipolitik zurückgewonnen werden, auf die dann eine parlamentarische Vertretung aufbauen kann. Konkret heißt das, rauszugehen, reale Beziehungen zu den popularen Klassen aufzubauen. Eine stärkere soziale Basis zu organisieren ist unverzichtbar, um als Linke wirksam zu werden. Einiges ist in dieser Hinsicht bereits auf den Weg gebracht. Die Partei DIE LINKE hat hier eine Verantwortung, der sich SPD und Grüne (bisher) nicht stellen wollen: Sie muss eine Alternative verkörpern, die mit dem «Weiter so» bricht. Und zugleich kann sie mit einer «neuen» feministischen, antirassistischen und ökologischen Klassenpolitik den falschen Gegensatz zu den vermeintlich weichen Themen überwinden. Feminismus und Ökologie sind nicht Luxusthemen für eine Elite – es sind Klassenfragen. Nur zusammen gedacht lässt sich der «Knoten» unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse durchtrennen (Frigga Haug).

Eine neue Klassenpolitik lässt sich im nationalstaatlichen Rahmen nicht verwirklichen. Sie muss internationalistisch für *globale soziale Rechte* eintreten, wenn sie nicht neue Ausschlüsse produzieren soll. Denn die Klasse selbst ist vielfältig: Sie ist auch weiblich, migrantisch, mit unterschiedlicher sexueller Orientierung und Identität. Und längst ist sie

grenzüberschreitend über transnationale Produktionsketten miteinander verbunden, wird zumindest grenzüberschreitend ausgebeutet. Die soziale Frage muss also auch aus der Perspektive der Migration gestellt werden. Ein Ansatz, der die sozialen, kulturellen und politischen Rechte ernstnimmt, ergänzt dabei einen klassenbasierten, beide zielen auf Organisation und gemeinsame Aneignung von gesellschaftlichen Lebensbedingungen. Es geht um die solidarische Bearbeitung von Widersprüchen, um eine neue Klassenpolitik, die sich mit einer demokratischen Lebensweise verbindet. Dies ist ohne die Perspektive einer grundlegenden Transformation aber unmöglich.

Unsere Vorstellungen von einer solidarischen, demokratischen, feministischen, antirassistischen Post-Wachstums-Gesellschaft gilt es bei einem neuen alten, bei einem unabgegoltene Namen zu nennen: Sozialismus. Zudem gilt es gemeinsam darüber zu streiten, was dieser Sozialismus im 21. Jahrhundert bedeuten soll – eine gute, eine solidarische, eine gerechte Gesellschaft, das Einfache, das so schwer zu machen scheint. Nicht alle werden dies unterschreiben, aber eine Transformationslinke sollte innerhalb des Mosaiks für einen solchen Sozialismus eintreten.

MARIO CANDEIAS IST DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.

DIETER KLEIN

PARTEI DES RADIKALEN REALISMUS

ZEHN JAHRE PROGRAMMATIK DER LINKEN UND DIE NOTWENDIGKEIT EINER DOPPELTEN TRANSFORMATION

Ein bloßes «Weiter so» des neoliberalen Kapitalismus führt in Katastrophen und Gefahren größten Ausmaßes. Klimawandel, Kriege, soziale Polarisierung und Armut, Fluchtwellen und Terrorismus verweisen darauf.

Aber auch Auswege in Halbheiten sind keine Lösung. Sie haben mit Schröder und Blair nur einen neuen Schub des Neoliberalismus ermöglicht. Die damit verbundenen Enttäuschungen haben den Aufstieg der neuen Rechten mitverursacht. Als sich vor zehn Jahren die PDS und die WASG zur Partei DIE LINKE zusammenschlossen, schrieben sie sich vor diesem Hintergrund den Politikwechsel für eine «solidarische Erneuerung und konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft» in ihre «Programmatischen Eckpunkte». Eine linke Partei des radikalen Realismus war und ist das Gebot der Zeit. Die neue Linkspartei hatte die Begrenztheit herkömmlicher sozialdemokratischer Reformen und erst recht ihrer Verkehrung in das Gegenteil zu verarbeiten. Und ebenso, dass revolutionäre gesellschaftliche Umwälzungen ohne Demokratie zum Scheitern verurteilt sind. Wenn aber weder der große zeitlich geraffte Akt der Revolution noch Reformen allein den Erfordernissen der Zeit entsprechen, gerät als eine dritte Entwicklungsweise die Transformation in den Blick. In den «Programmatischen Eckpunkten», bestätigt durch den Gründungsparteitag der LINKEN am 16. Juni 2007, heißt es daher: «Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwin-

den will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist. Dazu machen wir uns im Hier und Heute auf den Weg, gegen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen patriarchale und rassistische Unterdrückung.» Anders ausgedrückt: DIE LINKE will in breiten Bündnissen eine postneoliberale, soziale und ökologische Transformation des Kapitalismus erreichen. Aber bereits im Rahmen des Kapitalismus unterstützt sie – orientiert an sozialistischen Werten – Projekte des Einstiegs in eine Entwicklung über den Kapitalismus hinaus. Deshalb wurde in den «Programmatischen Eckpunkten» formuliert: «Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen einer Überwindung der kapitalisti-

schen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.» Die Partei schickte sich programmatisch an, eine demokratische innersystemische Transformation des Kapitalismus mit einer systemüberschreitenden Transformation zu verschränken – zu einer doppelten Transformation. Aus den Strategiedebatten in der PDS und aus den Erfahrungen derer, die sich in der WASG von der SPD abwendeten, entstand vor zehn Jahren ein Konsens: Die LINKE beschränkt sich nicht darauf, in der Abwehr neuer konservativer und marktliberaler Angriffe einen erträglicheren Kapitalismus erreichen zu wollen und erst danach, säuberlich getrennt von diesem voraussichtlich langwierigen Prozess, eine sozialistische Gesellschaft anzustreben. Sondern in den Kämpfen um jede nur mögliche Verbesserung für die Mehrheit der Bevölkerung in der Gegenwart sucht sie gemeinsam mit



“ Die LINKE hat sich an außerparlamentarischen Protesten und Bündnissen beteiligt, in denen auch wir aktiv sind, wie dem Frauen*Kampftag, Blockupy und Aufstehen gegen Rassismus. Natürlich streitet der Jugendverband gerne mal ausgelassen und lebendig mit der Partei. Als Teil emanzipatorischer und antifaschistischer Bewegungen kommen wir gar nicht umhin, Anpassungstendenzen zu kritisieren und zu bekämpfen. ”

LISSY BOTT Bundessprecherin von linksjugend ['solid']



Lothar Bisky spricht zu den Delegierten des Gründungsparteitags. Gemeinsam mit Oskar Lafontaine wird er wenig später zum Vorsitzenden der LINKEN gewählt. Foto: © Aris Fotografie

anderen Kräften eines möglichen «Dritten Pols der Solidarität» nach Ansätzen für ein wachsendes Gewicht potenziell sozialistischer Prozesse, Institutionen und Projekte. Im Erfurter Programm der Linkspartei aus dem Jahr 2011 heißt es daher: «Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschriften, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.» Diese programmatisch-strategische Position, in der praktischen Politik mit ihren zwangsläufigen Kompromissen das größere Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren, ist ein bestimmendes Moment sozialistischer Identität und hat höchst aktuelle Bedeutung. Nur so bekommt Gerechtigkeit scharfe Konturen. Martin Schulz verheißt, mit der SPD in Deutschland wieder für Gerechtigkeit sorgen zu wollen. Dafür ist ihm sicher kein Bekenntnis zum Sozialismus abzuverlangen. Das hat die SPD in ihrem Hamburger Grundsatzzprogramm von 2007 de facto begraben. Aber ob die konkreten Forderungen der SPD die Chance bieten für einen Bruch mit der neoliberalen Gestalt des Kapitalismus und damit zumindest offen für ein Jenseits des Kapitalismus sind, das ist zu prüfen. Davon hängt auch ab, ob eine rot-rot-grüne Regierungskoalition – sollten die Bundestagswahlen die Möglichkeit dafür überhaupt öffnen – Sinn macht oder zum Verschleiß der parteiförmigen und der gesellschaftlichen Linken führen würde. Einstweilen sind gleichermaßen Offenheit wie erhebliche Vorsicht geraten. Die Linkspartei steht dagegen für einen Richtungswechsel der Politik in Deutschland und Europa. Das umfasst eine gerechte Umverteilung von Macht und Lebenschancen, die Überwindung von kapitalistischen, patriarchalen und rassistisch

begründeten Hierarchien, einen sozialökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, eine Erneuerung der Demokratie, die verstärkte Beachtung internationaler Zusammenhänge und Solidarität als unverzichtbare Dimension linker Politik sowie das Eintreten für innere Sicherheit, Abrüstung und eine friedliche Lösung internationaler Konflikte.

Aufs Äußerste den Willen dazu aufzubringen, dass im Gegenwärtigen alle Ansätze für eine solidarische gerechte Gesellschaft entfaltet und durchgesetzt werden, das Heute verbessernd und dem Morgen schon erste Konturen gebend – darauf hat sich DIE LINKE vor zehn Jahren festgelegt. Dazu gehört das volle Engagement der Parteimitglieder in den vielen Initiativen und Projekten bürgerschaftlicher Selbstermächtigung von unten, in denen sich eine neue Gesellschaft abzeichnet. Ebenso die Profilierung der LINKEN als verbindende Partei, die zur Vernetzung von Ansätzen demokratischer Transformation beiträgt – in einer modernen linken Erzählung, die viele progressive Erzählungen zusammenführt, Konturen einer solidarischen Gesellschaft zeichnet und Wege dorthin vorschlägt. Dazu zählen aber auch eine Bündnispolitik für die Formierung eines «Dritten Pols der Solidarität» und die starke Präsenz der LINKEN in den öffentlichen Auseinandersetzungen gegen Neoliberalismus, Rechtspopulismus und Nationalismus, für eine moralische Erneuerung der Gesellschaft, für Toleranz, Empathie, Verantwortung und Mitmenschlichkeit – für einen «Aufstand des Menschen im Menschen» (Johannes R. Becher).

DIETER KLEIN IST SENIOR FELLOW AM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.



Foto: privat

“ Mit der LINKEN wollten wir wieder kritische Stimmen in den Bundestag bringen, die Umverteilung von unten nach oben bekämpfen und für eine konsequente Friedenspolitik streiten. Wir sind zwar nicht in allen Landtagen vertreten, doch im Bundestag schon dauerhafte Opposition. Wir wollen keine Stellvertreterpolitik – Demokratie, erst recht eine sozialistische, braucht keine Parteien, die für die Mehrheit eintreten, sondern vielmehr Menschen, die selbst Politik machen und dabei solidarische Formen entwickeln. Wie wir dies als Partei fördern und motivieren können, ist ein wichtiger Lernprozess, an dessen Anfang wir erst stehen. ”

ULRIKE ZERHAU

Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE

«AUS DEM POLITISCHEN ALLTAG NICHT WEGZUDENKEN»

THÜRINGENS MINISTERPRÄSIDENT BODO RAMELOW ÜBER DEN VEREINIGUNGSPROZESS DER LINKEN UND IHREN WERDEGANG SEIT 2007

Bodo Ramelow wirkte als Parteinneubildungs-Beauftragter der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) entscheidend am Zusammenschluss mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) mit. Der 61-Jährige ist heute Ministerpräsident des Freistaats Thüringen, des ersten deutschen Bundeslandes mit einer Regierung unter Führung der Partei DIE LINKE.



Foto: Thüringer Staatskanzlei

PDS und WASG seien zum Erfolg verurteilt, lautete deine Devise vor zehn Jahren.

War die Fusion eher eine Zwangsheirat?

Ramelow: Wer diesen Prozess so wie ich miterlebt hat, der weiß um all die Momente, in denen eher die Gefahr des Scheiterns als des Gelingens bestand. Aber Zwang? Den hat es nie gegeben. Das wäre vor dem Hintergrund gerade der Geschichte der PDS undenkbar gewesen. Nein, es war ein Prozess mit viel Mühe und mit vielen Rückschlägen, aber letztlich einer, den wir erfolgreich gestalten konnten. Einen faktischen Zwang gab es aber in der Tat. Der ergab sich aus verschiedenen Wahlanfechtungen nach der Bundestagswahl 2005, die die Notwendigkeit einer Fusion beförderten.

Anders als bei der deutschen Vereinigung wollten WASG und PDS ein Zusammengehen auf Augenhöhe. Ist das gelungen?

Ramelow: Ich sage dazu ganz klar: Ja! Das begann damit, dass wir streng auf die Parität bei der Besetzung aller Partei- und Wahlämter geachtet haben. Viel wichtiger war aber, dass wir uns über zwei Jahre Zeit genommen haben für diesen schwierigen Prozess. Wir mussten voneinander lernen, unsere unterschiedlichen Erfahrungen zur Kenntnis nehmen. Dieser Prozess hat sehr geholfen, Vorurteile abzubauen.

Woran macht sich das fest?

Ramelow: Wenn ich mir die Partei heute ansehe, zehn Jahre nach der Vereinigung, dann spielt es keine Rolle mehr, ob man aus der PDS oder der WASG kam. Ich kann keinen inhaltlichen Konflikt benennen, den man an der Herkunft aus diesen beiden Parteien festmachen könnte. Und mit Freude stelle ich fest, dass wir alle heute stolz sind auf die LINKE und das, was sie erreicht hat in zehn Jahren ihres Bestehens.

Was war aus deiner Sicht das wichtigste Ereignis auf dem Weg zur neuen Partei?

Ramelow: Ich kann diesen einen Moment nicht benennen. Es war ein Mosaik an wichtigen Ereignissen. Angefangen von der Bereitschaft von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, für die Linkspartei.PDS im Jahr 2005 die Spitzenkandidatur zu übernehmen, bis hin zu den erfolgreichen Urabstimmungen und letztlich dem Vereinigungsparteitag.

War die geglückte Vereinigung mit den anschließenden Flitterwochen bis zur erfolgreichen Bundestagswahl 2009 schon der größte Erfolg der Partei?

Ramelow: Wir sollten unsere Arbeit nicht ausschließlich an Wahlerfolgen messen. Die LINKE hat das politische Koordinatensystem in der Bundesrepublik nachhaltig verändert. Denken wir nur an den Mindestlohn, dessen Einführung wir von Beginn an gefordert haben und der heute, wenn auch noch nicht in der von uns gewünschten Höhe, Realität ist. Die LINKE ist heute nicht mehr wegzudenken aus dem politischen Alltag. Wir stellen mit mir den Ministerpräsidenten in Thüringen, wir sind in drei Landesregierungen, wir sind die stärkste Oppositionskraft im Bundestag, stellen Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sind kommunalpolitisch und in vielen Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen präsent. Dass es möglich wurde, eine Partei links von der SPD dauerhaft zu etablieren, das ist für mich der eigentliche Erfolg der Vereinigung.

Im Rückblick auf zehn Jahre:

Wie hat sich die Partei verändert?

Ramelow: Es sind neue Menschen zu uns gekommen, die diese Partei jeden Tag verändern. Ich finde das gut. In der Partei erlebe ich junge Leute, die uns mit Ungeduld begegnen, weil es ihnen oft genug nicht schnell genug vorangeht, Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Berufen, Rentner, die unsere Partei prägen. Wir haben aus meiner Sicht auch gelernt, viele Debatten ruhiger und unaufgerechter zu führen. Ein wenig tut die Gelassenheit des Alltags gut, auch wenn wir unbedingt offen sein müssen für neue Themen und Menschen.

Wie geht es weiter mit der LINKEN, wenn der Gründungsanlass «Agenda 2010» zunehmend verblasst?

Ramelow: Wenn es etwas gibt, womit die LINKE verbunden wird, dann ist es nach wie vor das Thema der sozialen Gerechtigkeit. Uns geht es darum, dass alle Menschen, gleich welcher Herkunft und Ausgangsbedingungen, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Alltag teilnehmen können. Da geht es um Zugänge zu Bildung, zu Arbeit. Keine Partei stellt dabei das Thema von Verteilungsgerechtigkeit so deutlich in den Mittelpunkt wie unsere Partei, und leider kann ich überhaupt nicht sehen, dass diese Aufgabe überflüssig würde. Die gute wirtschaftliche Entwicklung kommt längst nicht bei allen Menschen an. Deswegen sind wir gut beraten, das Thema der sozialen Gerechtigkeit weiter ganz oben auf unserer politischen Agenda zu haben. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es in diesem Land viele Menschen gibt, die gemeinsam mit uns für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit arbeiten wollen. Viel zu tun also für die LINKE. Und warum sollten sich nicht neue Ziele definieren lassen, um das Land sozialer und gerechter werden zu lassen? So könnte zum Beispiel eine moderne BÜrgerversicherung, in die alle einzahlen und zwar aus allen Einkommensgruppen, ohne Beitragsbemessungsgrenze, zu einem Ankerprojekt für die LINKE werden.

DIE FRAGEN STELLTE HENNING HEINE, REFERATSLEITER PUBLIKATIONEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.



Foto: privat

“ Die LINKE hat den Beschäftigten und den Betriebsräten im Einzelhandel eine Stimme in den Parlamenten gegeben. Sie hat prekäre Beschäftigungsverhältnisse kritisiert und sie hat sich für Betriebsräte eingesetzt, die von Kündigung bedroht sind. Von einer LINKEN an der Macht erhoffe ich die Abschaffung sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverhältnissen sowie die Abschaffung von Arbeit auf Abruf und von Leiharbeit. Gewerkschaftliche Erneuerung und linke Politik sind für mich zwei Seiten einer Medaille. ”

COSIMO-DAMIANO QUINTO Gewerkschafter und ehemaliger Betriebsrat bei H&M



Gute Stimmung in der ersten Reihe: Dietmar Bartsch, Ulrike Zerhau, Katja Kipping, Lothar Bisky, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi (v.l.). Foto: © Aris Fotografie

RAINER RILLING

REDEN ÜBER REICHTUM

DIE KRITIK AN DEN BESITZ- UND VERMÖGENSVERHÄLTNISSEN IM LAND IST KERNTHEMA DER LINKEN

Im Gründungsjahr der LINKEN zählte das Wirtschaftsmagazin *Forbes* 55 Dollar-Milliardäre in Deutschland. Ein Jahrzehnt später sind es 125. Auch ihr Vermögen hat sich von 225 Milliarden US-Dollar auf über eine halbe Billion US-Dollar weit mehr als verdoppelt.

Aus den damals 800.000 Euro-Millionären in Deutschland (Vermögen: zwei Billionen Euro) sind mittlerweile mehr als 1,2 Millionen Millionäre geworden. Und auch das Reden über Reichtum hat sich verändert. Der Begriff Reichtum lasse sich nicht definieren, schon weil es keine oder nur unzuverlässige Daten gebe, klagen immer noch manche sonst um keine Begriffsartistik verlegenen SozialwissenschaftlerInnen. Eine Analyse habe dann – leider – kaum Sinn. Auch allerlei etwa für Finanzangelegenheiten zuständige Staatsorgane zeigen ein gewisses Verständnis für Rechenfehler oder die Inanspruchnahme von Distinktion, Diskretion, Privatheit, Geheimhaltung oder Vergesslichkeit aufseiten der Hochvermögenden, die so ärgerlicherweise den guten Willen der empfindlichen Politik im Kampf gegen das schlimme Wachstum der Ungleichheit unterlaufen. Schließlich sollen diese Organe letztlich die konkurrierenden Reichtümer befördern und nicht bloßstellen oder gar blamieren.

Wo Verschweigen auffällt, lässt sich mit statistischen Durchschnittsgrößen operieren, und schon verschwinden die «Ränder», ob Obdachlose oder

Superreiche. Oder es wird die Spannweite des Reichtumsbegriffs nach unten ausgedehnt, sodass die Zugehörigkeit zur Gruppe der Reichen bei einem Nettovermögen von einer halben Million Euro beginnt – dem Gegenwert einer mittleren neuen Eigentumswohnung. Dieses Verfahren wirkt besonders gut in einem Land der Erben und Häuslebauer. Nur scheinbar im Gegensatz zu alledem stehen die täglichen Portionen Schönheit, Verantwortungslyrik und guten Reichtums aus Gala-Illustrierten, Boulevardbilderdwelten und Unterhaltungsindustrie, an denen uns Royals, großzügige Superreiche aus der Sparte Philanthrokapitalismus oder besorgte, aber letztlich

hocheffiziente wie optimistische Manager und Freunde des Privateigentums teilhaben lassen. Hier wird gezeigt: Die stete Vergrößerung des Abstands zwischen Armut und Reichtum ist zwar Sinn und Zweck des Unternehmens, aber halb so schlimm. Mehr noch: Die freudig an die Öffentlichkeit weitergereichte Selbstfeier ist Dienst am Gemeinwohl, nützt allen und alle können Reichtum, womöglich. Die Spannung zwischen Repräsentation (mitsamt den stilgerechten korrekten Manieren) und Rechtfertigung (auf dass kein Unmut entstehe) existiert, seitdem Abstand sich als Massiv «feiner Unterschiede» (Bourdieu) darstellt. In der Bundesrepublik



Foto: privat

“ Dank der LINKEN sind in hegemonialen Medien immer wieder humane Statements zu hören, etwa zu einer Friedenspolitik ohne NATO oder zur sanktionsfreien Existenzsicherung für alle. Was mir fehlt, ist eine kontinuierliche Mitarbeit von Parteilinken in sozialen Bewegungen. Überall, wo sich Menschen gemeinsam gegen Ungerechtigkeit wehren, sind Linke als verlässliche Mitstreiterinnen und Mitstreiter wichtig. Die LINKE hat Ressourcen und Kompetenzen. Bringt sie verstärkt in soziale Kämpfe ein! ”

GABRIELE WINKER Professorin an der TU Hamburg-Harburg und aktiv im Netzwerk «Care Revolution»

war diese Spannung bis Mitte der 1960er Jahre durchaus typisch, aber moderat. Die Rede vom Vermögen herrschte vor und legte nahe, dass dieses durch Geburt, Anlage oder «Aufstieg durch Leistung» zustande gekommen sei und dem allgemeinen Wohl diene. Das folgende 68er-Intervall einer kritischen Grundstimmung, in der plötzlich von Reichtum oder Kapital gesprochen wurde, war kurz. Als ab den 1980er Jahren marktradikaler Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus ihre ideologische Wucht entwickelten, rückte die Bewunderung des neuen «kreativen», marktvermittelten ostentativen Reichtums, seiner Exklusivität und unverschämten Pracht in den Vordergrund. Sie war eine Grundlage für die wachsende Wahrnehmung der BRD als tief zerrissene, ungleiche Gesellschaft mit heftigen Konflikten, ein Muster, in dem sich nach 1989 die politische Linke neu sortierte und verankerte. Mit der großen Krise seit 2008 kam es erneut zu einer Änderung. Nun wurde der Begriff der Superreichen, der sich schon längst im öffentlichen Sprachgebrauch eingebürgert hatte, nicht mehr mit einer Mischung aus Respekt und Erstaunen benutzt, sondern vorwurfsvoll und wütend. Im Berufe-Ranking handelten

sich Bankiers ein ultrastabiles Allzeittief ein. Seit der Krise haben wir es mit einem gespaltenen Bild von Reichtum zu tun. Gute Arbeit, Gesundheit, Bildung, Zeitsouveränität, Lebensqualität oder Sicherheit im Alter werden mit einem erstrebenswerten reichen Leben assoziiert, dagegen steht hartnäckig das Negativ eines privilegierten, von Luxus, Macht, Korruption und Karriere geprägten Milieus aus Milliardären, Immobilienhaien und Spekulanten.

Ein kritischer Blick auf den vor wenigen Wochen publizierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt die entscheidenden Unterschiede zu einem linken Reichtumsverständnis und einer Reichtumpolitik von links: Dass die rapide Konzentration von Reichtum bei den 0,01 Prozent etwas mit Eigentum, Kapital, Kapitalakkumulation und (Finanzmarkt-)Kapitalismus zu tun hat, wird auf den 650 Seiten des Berichts komplett ignoriert. Auch der kleinste Hinweis darauf fehlt, dass dieser Typ Reichtum untrennbar mit der Ausübung politischer und sozialer Macht verbunden ist («Geldmacht»). Dass der Reichtum soziale Subjekte (Akteure) hat – also Namen, Adressen und konkrete gesellschaftliche Zusammenhänge, Milieus, Orga-

nisationen, Schwerpunkte, Verflechtungen oder Herrschaftsstrukturen der «Oligarchie der Reichen» (Nahles) wie etwa die Machtzentren der finanziellen Netzwerke und kapitalstarker Konzerne –, das alles klammert der Bericht aus. Für eine politische Kartographie des Reichtums und seiner Souveräne ist er somit weitgehend wertlos. Als Quellen des Reichtums endlich nennt der Bericht in simpler Selbstbezüglichkeit «Unternehmertum und Erbschaften». Nicht einmal von ferne streift er die Felder der ständig neuen Reichtumsvernichtung im Krisenzyklus der kapitalistischen Wirtschaft, des «unerlaubten», kriminellen und korrupten Reichtums und seine illegale Akkumulation, die unmittelbar destruktive Gestalt der Reichtumsmehrung durch Rüstung und Naturzerstörung.

Eine linke Reichtumpolitik beginnt beim «reichen Leben» und bei der «Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur» (Marx), doch sie kann es sich schlicht nicht leisten, die Entwicklung hin zu einem Kapitalismus der Superreichen zu ignorieren.

RAINER RILLING IST VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.

HORST KAHRS

VOM FLIRT ZUR FESTEN BEZIEHUNG

LINKE HAT STAMMWÄHLERSCHAFT FÜR SICH GEWONNEN UND LIEGT STABIL ÜBER FÜNF PROZENT

Parteien und ihre Wähler – eine Beziehung, in der viele Faktoren eine Rolle spielen: Image, Personen, Programm, Projektionen, Enttäuschungen über andere Parteien, das Verhältnis der gewählten Partei zu anderen Parteien. Dabei ist eines sicher: der stete Wandel der Beziehung.

Schon zwei Jahre vor Gründung der Partei DIE LINKE begann ihr Flirt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Bei der Bundestagswahl 2005 kandidierten auf den Listen der Linkspartei.PDS zahlreiche Mitglieder der WASG mit der gemeinsamen Botschaft: «Bei Erfolg gründen wir eine neue linke Partei in Deutschland.» Gut 4,1 Millionen Wähler (8,7 Prozent) unterstützten dieses Vorhaben durch ihre Stimme. Die politische und soziale Zusammensetzung der Anhängerschaft unterschied sich deutlich von der der Vorgängerpartei PDS. Im Westteil der Republik stieg die Zustimmung von gut einem auf knapp fünf Prozent. Nur ein knappes Sechstel der West-Stimmen kam von früheren PDS-Wählern. 35 Prozent hatten zuvor SPD gewählt, jeweils zwischen elf und 13 Prozent sich der Wahl enthalten oder waren CDU- und Grünen-AnhängerInnen. Im Osten der Republik hatte knapp die Hälfte zuvor die PDS gewählt, ein Viertel die SPD und jeder Achte gar nicht. Die Linkspartei.PDS zu wählen bedeutete 2005 für viele, ihren Protest gegen den Abbau sozialstaatlicher Standards und gegen die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung ins Parlament zu transportieren. Aus dem anfänglichen Flirt wurde eine lockere Beziehung. PDS und WASG hielten ihr Versprechen. 2007 erblickte die LINKE das Licht der Parteienwelt und stellte sich als Sammlungsbewegung gegen die Politik der Großen Koalition auf: «Wer Linke wählt, protestiert damit gegen Sozialabbau und soziale Spaltung, stimmt für mehr soziale Gerechtig-

keit und übt Druck von links auf die SPD aus, damit diese wieder sozialdemokratische Politik macht.» Damit traf die Partei die Stimmung vieler. Bei der Bundestagswahl 2009 entschieden sich 5,1 Millionen Bürgerinnen und Bürger (11,9 Prozent) für die LINKE. Die Hälfte hatte bereits 2005 die Linkspartei.PDS gewählt, jede vierte war zuvor eine SPD-Stimme gewesen. Seit 2007 feierte die Partei auch viele Erfolge bei Landtagswahlen, sie zog in eine Reihe westdeutscher Landesparlamente ein, in denen es zuvor keine flächendeckenden Parteistrukturen gegeben hatte. Im Jahr 2010 gelang der Sprung in den Landtag Nordrhein-Westfalens.

Die LINKE galt den Bürgerinnen und Bürgern vor allem als eine bundespolitisch motivierte Protest-Sammlungsbewegung: gegen Sozialabbau, gegen Niedriglöhne, gegen Entrechtung von Lohnabhängigen. Bei Landtagswahlen konnte die Partei schon immer schlechter mobilisieren als bei Bundestagswahlen. Viele ihre Wähler – in den Jahren 2005

und 2009 zusammen knapp 2,5 Millionen – waren frühere SPD-Anhänger. Anders als die Mehrheit der enttäuschten SPD-Anhänger blieben sie nicht zu Hause, sondern folgten ihrem ehemaligen Vorsitzenden Oskar Lafontaine. Ihre Stimme für die Linkspartei bedeutete vor allem, es sollte wieder sozialdemokratische Politik gemacht werden – auch von der SPD. Im Jahr 2010 ebnete diese «Erfolgswelle» der LINKEN als Protestpartei ab. Bereits 2009 hatte die LINKE mehr Stimmen an das Lager der sich der Wahl Enthaltenden verloren als von dort gewonnen. Letztendlich bei der Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen kam es zu einer beachtlichen Wählerbewegung von der SPD zur Linkspartei. Union und FDP regierten das Land, die SPD saß auf der Oppositionsbank. Andere Themen beherrschten die politische Stimmung, etwa der Atomausstieg nach dem Fukushima-Unfall. Klassische Protestparteien-Wähler wanderten 2011 und 2012 zur Piratenpartei. Für die LINKE galt es, aus der lockeren Beziehung zu den



Foto: privat

“*Opposition ist die Seele der Demokratie. Seit es die LINKE gibt, herrscht in zwei Dritteln der Zeit die Große Koalition. Da ist die Seele gefährdet – die LINKE hat sie als konsequenteste Opposition gerettet. Und damit der Demokratie einen Dienst erwiesen. Allein durch ihre großen und kleinen Anfragen im Bundestag hat sie gravierende Mängel aufgedeckt und Debatten angestoßen. Aus der Opposition heraus gestalten oder erkennbar mitregieren geht auch künftig nur, wenn man die eigene Seele nicht dem «Anpassungsteufel» verkauft.*”

DANIELA DAHN Schriftstellerin und Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Die Fahnen der neuen Partei wehen bereits auf dem Gründungsparteitag. Foto: © Aris Fotografie

Bürgerinnen und Bürgern eine feste Bindung zu machen, aus der Stimme gegen eine schlechte Politik eine Stimme für eine bessere Politik. Die Basis dieser dauerhaften Beziehung sollte mit dem Erfurter Programm gelegt werden. Die Partei platzierte sich als demokratisch-sozialistische Partei, die mehr wollte als eine Wiederbelebung sozialdemokratischer Politik. Im Jahr 2012 erlitt die Partei eine herbe Wahlniederlage. Im darauffolgenden Jahr erreichte sie bei der Bundestagswahl mit 3,76 Millionen Stimmen zwar weniger als im Jahr 2005, aber die 8,6 Prozent hatten politisches Gewicht: Gut zwei Drittel der Wähler hatte sich bereits 2009 für die LINKE entschieden, hier war eine festere Beziehung entstanden. Allerdings gingen zugleich mehr Stimmen an konkurrierende Parteien verloren, insbesondere die SPD, als von dort neu gewonnen wurden. Anscheinend ging es den Wählerinnen und Wählern der LINKE nicht mehr in erster Linie darum, mit ihrer Stimmabgabe anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen, sondern darum, tatsächliche Veränderungen zu bewirken. Dafür erhielt nun die LINKE ihrerseits Denkzettel bei vielen Landtagswahlen. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein flog sie wieder aus den Landtagen. In Berlin, Brandenburg und Sachsen erzielte sie im Jahr 2011 historisch schlechte Ergebnisse. Die Wahl 2016 in Berlin und hoffentlich auch die kommende Bundestagswahl zeigen aber, dass die Partei ihre Beziehungen zu den Wählerinnen und Wählern erfolgreich verändern und neu aufbauen kann. Im Jahr 2005, vor allem aber 2009, erhielt die Linkspartei überdurchschnittliche Zustimmung von der Bevölkerungsgruppe der 45- bis 59-Jährigen und von denen mit einer mittleren Qualifikation in Arbei-

terberufen. Sie sahen sich durch den technologischen Wandel und die Renten- und Arbeitsmarktformen um den sozialstaatlichen Schutz betrogen, auf den sie ihre Lebensplanung aufgebaut hatten. Für die Partei bedeutete dies eine enorme kulturelle Herausforderung, waren doch die etablierten Parteistrukturen der PDS eher vernetzt mit akademischen Kreisen und Angehörigen der Dienstklassen. Bei der Bundestagswahl 2013 verlor die Linkspartei in der Altersgruppe der über 45-Jährigen und unter den Arbeiterinnen und Arbeitern am stärksten, viele blieben zu Hause oder machten ihr Kreuz wieder bei der SPD. Seit 2005 lässt sich zudem beobachten, dass immer mehr Leute in Arbeiterberufen politisch heimatlos werden. Enttäuscht von SPD oder CDU wenden sie sich kleinen Parteien zu, wobei es häufig bei einer nur flüchtigen Beziehung bleibt. Mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen konnten wechselweise FDP, LINKE, Piratenpartei

und vergangenes Jahr auch die AfD unter ihnen überdurchschnittliche Zustimmung erreichen. Bemerkenswert ist, dass seit etwa zwei Jahren die neuen Mitglieder der Partei jünger werden und mit ihnen auch die Wählerinnen und Wähler. Vor allem in universitär und akademisch geprägten städtischen Milieus erzielte die LINKE bei den Landtagswahlen deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse. Sie fallen zusammen mit der Haltung der Partei in den gesellschaftlichen Debatten über globale Gerechtigkeit, Gleichheit, Zuwanderung und den Aufstieg der Rechten im populistischen Gewand. Erneut stellt sich die Frage: Was kann getan werden, dass aus der flüchtigen eine feste Beziehung entsteht, ohne Teile der Stammwählerschaft zu vergraulen?

HORST KAHRS IST REFERENT FÜR KLASSEN UND SOZIALSTRUKTUR, DEMOKRATIE UND WAHLEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.



Foto: privat

“ Mir liegt am Herzen, die verbreitete politische Trägheit zu überwinden und mit anderen gemeinsam Politik motiviert mit zu gestalten. Vor allem, damit Lobbyisten keine Chance mehr haben, die öffentliche Daseinsfürsorge für ihre privaten Zwecke auszunutzen. Ich wünsche mir, dass die LINKE hier standhaft bleibt und nicht wie alle anderen Parteien in der Masse der leeren Versprechungen untergeht. Sie soll weiterhin das Salz in der Wunde sein! ”

JANA LANGER Fachkrankenschwester und Autorin eines offenen Briefes an Bundeskanzlerin Angela Merkel



Der Zusammenschluss ist geglückt: Bodo Ramelow, Thomas Händel und Klaus Ernst (v.l.) im Freudentaumel. Foto: © Aris Fotografie

CORNELIA HILDEBRANDT

DIE BRÜCKENPARTEI

DIE LINKE MIT IHRER GESCHICHTE AUS OST UND WEST GILT IN EUROPA ALS ERFOLGSPROJEKT

Die Kirschen in Nachbars Garten sind bekanntlich immer ein wenig süßer. Oder bezogen auf die deutsche Linke: Erzählungen aus der Ferne klingen spannender als die eigene linke Geschichte.

So wandert der Blick auf linke Hoffnungsträger von Lateinamerika über Portugal und Spanien zu Bernie Sanders in die USA oder zu Jeremy Corbyn nach Großbritannien. Wo aber bleibt die leidenschaftliche Beschreibung eigener Erfolge und Entwicklungen – bei aller Kritik, die so typisch und doch berechtigt ist?

Aus europäischer Sicht ist die LINKE in Deutschland ein Erfolgsprojekt. Sie ist die einzige Partei mit ost- und westeuropäischer Geschichte. In ihr mussten sich Linke in Ost und West mit den eigenen Fehlern und Irrtümern der Vergangenheit auseinandersetzen. Sie war in der Lage, sich im Prozess der Parteibildung programmatisch und strategisch neu auszurichten – zunächst als Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), dann zusammen mit der WASG als gesamtdeutsche LINKE, eine Art «Brückenpartei» einer breiteren diversen Linken. Gerade für Linke aus den postsozialistischen Ländern Europas, in denen viele der früheren kommunistischen Kader zu PropagandistInnen eines enthemmten Finanzmarktkapitalismus mutierten, ist die deutsche LINKE bemerkenswert. Hier vollzog ein Teil der entmachteten und entlassenen poli-

tischen Elite in Auseinandersetzung mit dem Scheitern des Staatssozialismus eine erstaunliche Entwicklung hin zu einer pluralen und offenen, von innerparteilicher Demokratie geprägten Linkspartei. Vor allem jene, die bereits in den 1980er Jahren nach alternativen Wegen zum Sozialismus suchten, bildeten das «personelle und intellektuelle Gerüst» dieser neuen Partei. Deren Programmatik orientiert sich an der marxistischen Befreiungsthese: Auf dem Weg zu einem demokratischen Sozialismus ist die Frage von Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit neu zu denken. Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeu-

tung und Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Ziel ist eine Gesellschaft, in der Freiheit, Demokratie und soziale Sicherheit, Frieden und ökologischer Reichtum national, europäisch und global jeder und jedem zugänglich sind.

Maßgeblich ist es auch der LINKEN zu verdanken, dass der Bruch mit dem Stalinismus als System nicht nur zum Gründungskonsens der Partei in Deutschland, sondern ebenso zum Fundament der Europäischen Linkspartei zählt. So ist es kein Zufall, dass Lothar Bisky und Gregor Gysi, die beide eine zentrale Rolle bei der Gründung und Herausbildung



Foto: DGB/Frank Ott

“ Die Friedensbewegung hat mit der LINKEN eine Sprecherin in den Parlamenten bekommen. Sie ist als einzige Partei in der Gesellschaft gegen Kriege, Auslandseinsätze der Bundeswehr und Rüstungsexporte und für Rüstungskonversion. Sie hat die Wiederherstellung der Sozialstaatlichkeit als Alternative zur neoliberalen Politik in den öffentlichen Auseinandersetzungen und als Stachel im Fleisch der etablierten Parteien verankert. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass sie ein politisches Verhältnis zu den Gewerkschaften (weiter-)entwickelt. ”

HORST SCHMITTHENER ehemaliges geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung

der neuen Linkspartei spielten, zu führenden Persönlichkeiten in der Europäischen Linken wurden. Kein Zufall ist ebenfalls, dass Gabi Zimmer, eine frühere Vorsitzende der PDS, jetzt die Fraktion der Linken im Europäischen Parlament führt.

Heute gehört die LINKE zu den starken linken Parteien in Europa und erhält bei Bundestagswahlen stabil zwischen acht und zehn Prozent der Stimmen. Damit ist sie ähnlich stark wie die Linksparteien in Tschechien, Irland, den Niederlanden und Frankreich – wobei interessant sein wird, in welchem Maße die französischen Linken ihren Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen mit knapp 20 Prozent bei den Parlamentswahlen werden wiederholen können. Stärker parlamentarisch verankert sind nur die Linken in Griechenland, Spanien, Portugal und Zypern. Innenpolitisch muss sie bei der Formulierung ihrer konkreten strategischen Ansätze als Partei mit unterschiedlicher regionaler Gewichtung gegensätzlichen Ansprüchen gerecht werden: im Osten Deutschlands teilweise Regierungspartei, im Westen bisher zumeist eine kleinere Oppositionspartei. Und bundesweit ist sie eine Partei, die einen eigenen Pol der Solidarität zu repräsentieren sucht und zugleich an Möglichkeiten der Kooperation mit SPD und Grünen arbeitet. Die LINKE in Deutschland gehört zu jenen Parteien, die unterschiedliche soziale Milieus ansprechen kann. Sie erzielt bei denen, die sich selbst als ArbeiterInnen beschreiben, und bei Arbeitslosen überproportionale Ergebnisse bei Wahlen, erreicht aber auch – und dies in wachsendem Maße – die grün-links-libertären Milieus in den urbanen Räumen. Sie macht dabei ähnliche Erfahrungen wie die griechischen, spanischen, dänischen oder slowenischen Linken: Die Partei verjüngt sich auf diese Weise, hat allerdings – wie die meisten Linksparteien in Europa – Schwierigkeiten, VertreterInnen der traditionellen Arbeiterklasse, Menschen in den kleineren Städten oder gar im ländlichen

Raum an sich zu binden. Aber die LINKE ist eine lernende Partei, auch wenn ihr dies nicht immer leichtfällt. Sie eignet sich TheoretikerInnen der internationalen und europäischen Linken wie Gransci und Bertinotti an und beschäftigt sich mit neuartigen Plattformen wie Barcelona en Comú oder Ahora Madrid. Neue Entwicklungsmodelle und Formen des Politischen sowie Erfahrungen von Linken in Regierungen werden diskutiert. Noch geschieht dies zu wenig gemeinsam mit Kommunal- und LandespolitikerInnen der eigenen Partei. Dabei müssen auch in Deutschland neue Allianzen geschmiedet werden im Kampf um Grundgüter selbstbestimmten Lebens wie Wohnen, Gesundheit, Pflege. Es ist Raum genug, um positive Erfahrungen der europäischen Linken miteinzubeziehen. Dazu zählen die Bewegung derer, die sich in Spanien gegen die Enteignung der Eigentümer von mit Hypotheken belasteten Wohnungen und Häusern wenden (PAH), der Aufbau von Solidarkliniken in Griechenland sowie der Kampf um neue Pflegebedingungen und die Neuregelung der Krankenkassen in den Niederlanden. Sicher, die konkreten Bedingungen unterscheiden sich von Land zu Land, nicht aber die Schwierigkeiten bei der Bildung strategischer gesellschaftlicher Allianzen und bei der Entwicklung eines dritten, hegemoniefähigen Pols.

Die LINKE in Deutschland trägt europäische Verantwortung. Sie hat dazu das notwendige soziale, politische und programmatisch-strategische Potenzial. Doch muss sie jeden Tag aufs Neue werden, was sie seit zehn Jahren ist: eine lernende, streitende, brückenbauende Partei. Es wäre wichtig, genau diese verbindenden Fähigkeiten inhaltlich wie personell auf europäischer Ebene noch stärker einzubringen.

CORNELIA HILDEBRANDT IST STELLVERTRETENDE DIREKTORIN DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.



Foto: Blömkel/Kosinsky/Isclope

“ Die Gründung der LINKEN entsprach den historischen Herausforderungen, vor der die deutsche Arbeiterbewegung im Geiste ihrer Traditionen auch heute steht. Die Partei hat ihre Chance genutzt und einen Platz in der bundesdeutschen Gesellschaft gefunden. Uns begleiten Erfolg und Krise in besonderer Weise. Künftig gilt es, in größerer Gemeinsamkeit sowie erkennbar und wirkungsvoller für Frieden und gegen den Krieg, für soziale Gerechtigkeit und gegen wachsende Ausbeutung zu kämpfen. Ein demokratischer Sozialismus soll Weg und Ziel unserer Bestrebungen sein. ”

HANS MODROW Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE und Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung

ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DER LINKEN

WIE DIE NEUE PARTEI zu einer treibenden Kraft eines grundlegenden Richtungswechsels in Deutschland werden könne, untersuchte im Gründungsjahr 2007 das Buch «DIE LINKE – Wohin verändert sie die Republik?», herausgegeben von Michael Brie, Cornelia Hildebrandt und Meinhard Meuche-Mäker und erschienen als Texte-Band 40 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Zehn AutorInnen, darunter die heutige LINKE-Parteivorsitzende Katja Kipping, wollten mit dem 320-seitigen Buch zu einer linken Strategiediskussion von sozialer Bewegung, Partei, Gewerkschaften und anderen progressiven Strömungen beitragen.

WWW.ROSALUX.DE/PUBLIKATION/ID/987

ZUR GESCHICHTE DER WASG von 2004 bis 2007 liegt das «Findbuch 12» des Archivs des demokratischen Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus dem Jahr 2012 vor. Darin ist der Bestand zur Partei und ihren Vorläufern sowie zum Neubildungsprozess der LINKEN katalogisiert, der einst aus der WASG-Bundesgeschäftsstelle in Fürth übernommen wurde. Mit Unterstützung der Stiftung erschien zudem im selben Jahr im VSA-Verlag der Interviewband «Was war? Was bleibt?». Herausgegeben wurde er von Klaus Ernst, Thomas Händel und Katja Zimmermann. Darin berichten die GründerInnen über «Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE».

WWW.ROSALUX.DE/NEWS/ID/6626

WWW.VSA-VERLAG.DE/NC/DETAIL/ARTIKEL/WAS-WAR-WAS-BLEIBT/



IMPRESSUM

Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung - Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin | **Redaktion:** Michael Brie, Henning Heine (V.i.S.d.P.), Julian Plenefisch | **Lektorat:** Text-Arbeit, Berlin | **Titelbild:** Auf dem Gründungsparteitag der LINKEN am 16. Juni 2007 in Berlin, Foto: © Aris Fotografie | **Satz und Gestaltung:** MediaService GmbH Druck und Kommunikation | **Druck:** EversFrank Berlin | **Auflage:** 33.000

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
AKTUELLE PUBLIKATIONEN

Download
unter:
[www.rosalux.de/
publikation/
id/14782](http://www.rosalux.de/publikation/id/14782)



Mario Candeias, Alex Demirović (Hrsg.)
EUROPE – WHAT'S LEFT?

**Die Europäische Union zwischen Zerfall,
Autoritarismus und demokratischer Erneuerung**
342 Seiten, Broschur, 29,90 Euro, ISBN 978 3-89691-850-5
Verlag Westfälisches Dampfboot, April 2017
Bestellung: www.dampfboot-verlag.de



Download
unter:
[www.rosalux.de/
publikation/
id/14754](http://www.rosalux.de/publikation/id/14754)

Axel Troost
GRIECHISCHE POLITIK IM FAKTENCHECK
**Was Griechenland zur Krisenbewältigung
tatsächlich geleistet hat**
Online-Publikation 10/2017, 18 Seiten, Broschur, April 2017

marx-200
MARX200.ORG

Ein Web-Projekt zum 200. Geburtstag von Karl Marx

Helle Panke
2017

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG

Nah dran am Gipfel

**Kombi-
Miniabo:**
4 Wochen digital +
Wochenendausgabe
in die Hand
für **9,90 €**

In den Alpen gibt's das Gipfelbuch, beim G20 gibt es das »nd« – die kapitalismuskritische Tageszeitung mit profundem Überblick über Wirtschaft und Politik. Für Gipfelstürmer, Extremkletterer und alle, die den Herrschenden aufs Dach steigen wollen!

Bestellen:
Tel. (030) 29 78 18 00
aboservice@nd-online.de

Abo erhältlich ab 19.06.2017

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd